



Geschäftsbericht 2015/2016

Bericht über das Geschäftsjahr 2015/2016

1. April 2015 bis 31. März 2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandes	04
Bericht des Beirates	06
Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers	08
Lagebericht	11
1. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen	11
2. Geschäftsverlauf 2015/2016	13
3. Rechtliche Verhältnisse	19
4. Vermögenslage	20
5. Finanzlage	22
6. Ertragslage	25
7. Risiken und Chancen	26
8. Prognosebericht	29
Jahresabschluss 2015/2016	33
Bilanz zum 31. März 2016	34
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	37
Anhang zum Jahresabschluss	39
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	39
2. Erläuterungen zur Bilanz	42
3. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	48
4. Sonstige Angaben	51
5. Soll-Ist-Vergleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung	52
6. Finanzplan und Kapitalflussrechnung	54
7. Organe und Ausschüsse	56
Anlage 1 Finanzplan und Kapitalflussrechnung	61
Anlage 2 Anlagenspiegel	62
Abkürzungsverzeichnis	65

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im zurückliegenden Geschäftsjahr 2015/2016 hat der Erdölbevorratungsverband seinen gesetzlichen Auftrag in vollem Umfang erfüllt.

Zum Ende des Geschäftsjahres wurden Vorräte in Höhe von 23,6 Mio. t Rohöläquivalent gehalten. Die Überdeckung der Bevorratungspflicht betrug 4,4 %.

Die jährliche Ausschreibung von Tankraum und Delegationen im August 2015 führte zu einem ausreichenden Angebot an Tankraumvolumen sowie an Delegationsmengen.

Im September 2015 führte der Erdölbevorratungsverband turnusmäßig seine jährliche Freigabeübung durch, die im Berichtsjahr im externen Rechenzentrum außerhalb von Hamburg stattfand. Die Übung verlief sehr erfolgreich; alle Systeme funktionierten planmäßig und die Übung bestätigte, dass der Erdölbevorratungsverband eine Freigabe auch außerhalb seiner Geschäftsräume in Hamburg planmäßig abwickeln kann. Darüber hinaus wurde bei dieser Gelegenheit ein Notstromtest durchgeführt. Am Ende der Übung wurde die ordentliche Stromversorgung des Rechenzentrums unterbrochen und die Übung unter Einsatz der Notstromaggregate fortgesetzt. Es zeigten sich keinerlei Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Systeme, so dass auch bei einem Stromausfall die Durchführung einer Freigabe gewährleistet wäre.

Etwa alle drei Jahre führen wir im Rahmen der Deutschen NESO eine Übung der Koordinierungsgruppe Versorgung (KGV) durch. Die KGV ist ein Beratungsgremium des Bundeswirtschaftsministeriums im Fall einer ernsthaften Mineralöl-Versorgungsstörung. Versorgungsexperten aus Mineralölindustrie und -handel berieten im Januar 2016 im Rahmen dieser Übung gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und dem Erdölbevorratungsverband über Krisenbegegnungsmaßnahmen anhand zweier Störungsszenarien. Zum einen wurde ein längerfristiger Ausfall einer Rohölföhrleitung simuliert, im anderen Fall ging es um die Aufrechterhaltung der Mineralölversorgung für lebenswichtige Einrichtungen wie Polizei, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Technisches Hilfswerk etc. im Fall eines langanhaltenden, bundesweiten Stromausfalls. Im Ergebnis kann erneut festgehalten werden, dass sich die enge Kooperation zwischen Mineralölwirtschaft, Ministerium und Erdölbevorratungsverband bewährt hat und somit für den Krisenfall Strukturen bestehen, die eine erfolgreiche Krisenbewältigung sicherstellen.

Der vom Beirat beschlossene Ausbau des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen wurde planmäßig fortgesetzt. Dabei konnte bis Ende Februar 2016 die erste neu gebaute Kaverne mit einem Füllvolumen von 800 Tsd. cbm mit Rohöl befüllt werden.

Der Austausch von höherschwefeligem Gasöl in Dieselmotortreibstoff in der Kavernenanlage Bremen-Lesum wurde im Berichtsjahr nahezu abgeschlossen und mit der Einlagerung der letzten Charge im April 2016 beendet. Die gesamte Kavernenanlage ist nunmehr mit niedrigschwefeligem Dieselmotortreibstoff befüllt.

Zu den Bevorratungseinrichtungen anderer Staaten und zur Internationalen Energieagentur in Paris unterhalten wir weiterhin sehr gute Kontakte.

Für den Erdölbevorratungsverband bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit bei den Mitgliedsunternehmen, den Lagerhaltern, den Kreditinstituten, den Versicherern und allen Unternehmen, Organisationen und Verbänden, die zur erfolgreichen Durchführung unserer Aufgaben beigetragen haben.

Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Engagement ihren Beitrag zum gemeinsamen Erfolg geleistet haben.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Kahl



Dr. Dirk Sommer

Bericht des Beirates

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Berichtszeitraum hat sich der Beirat regelmäßig über die Tätigkeit des Erdölbevorratungsverbandes durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstandes unterrichtet und die Tätigkeit des Vorstandes überwacht. Darüber hinaus wurden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Beirates vom Vorstand regelmäßig über wesentliche Geschäftsvorfälle informiert.

Der Beirat kam im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sitzungen zusammen. Dabei befasste er sich vor allem mit der Bestandshaltung (insbesondere der Vorratspflicht und Deckung sowie der unterirdischen Lagerung und der Tankraumbeschaffung), den Lagereinrichtungen inklusive der Erweiterung des Kavernenspeichers in Wilhelmshaven-Rüstringen, dem Risikomanagement, Vertragsangelegenheiten von besonderer Bedeutung, Personalangelegenheiten, der Bestellung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Bevorratungsausschusses für eine neue vierjährige Amtszeit, der Feststellung des Wirtschaftsplans 2016/2017 einschließlich des Beitragssatzes ab dem 1. April 2016 sowie mit dem Jahresabschluss 2014/2015 und der Bestellung des Jahresabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2015/2016.

Die Beschlüsse des Beirates wurden in der Regel durch Empfehlungen der zuständigen Ausschüsse vorbereitet.

Besonderes Augenmerk verdient die voranschreitende Erweiterung des Kavernenspeichers des Verbandes in Wilhelmshaven-Rüstringen. Hier konnte die Befüllung der ersten fertiggestellten Kaverne im Februar 2016 abgeschlossen werden. Die Solung der drei weiteren Kavernen verläuft derweil planmäßig.

Im Januar 2016 wurde erneut die etwa alle drei Jahre stattfindende Krisenübung der Koordinierungsgruppe Versorgung (KGV) unter Leitung von Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchgeführt, an der sich auch der Erdölbevorratungsverband beteiligt hat. Als Beirat haben wir gerne zur Kenntnis genommen, dass diese Übung des praktischen Umgehens mit verschiedenen Krisenszenarien sehr erfolgreich verlaufen ist.

Die vom Beirat am 25. September 2015 als Jahresabschlussprüfer bestellte Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht des Erdölbevorratungsverbandes für das Geschäftsjahr 2015/2016 (1. April 2015 bis 31. März 2016) geprüft.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechen nach der pflichtgemäßen Prüfung dem § 29 Absatz 1 Erdölbevorratungsgesetz und den ergänzenden Regelungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Beirat hat den Jahresabschluss 2015/2016 in seiner Sitzung am 30. September 2016 geprüft und ebenfalls keine Einwendungen erhoben. Er empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss unverändert festzustellen.

Der Beirat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Tätigkeit im zurückliegenden Geschäftsjahr und empfiehlt der Mitgliederversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Langhoff

Vorsitzender des Beirates

Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An den Erdölbevorratungsverband Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg

Vermerk zum Jahresabschluss nach § 29 Abs. 1 ErdölBevG

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss nach § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen und den ergänzenden Bestimmungen des Finanzstatuts - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang und Kapitalflussrechnung - des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2016 geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss nach § 29 ErdölBevG

Die gesetzlichen Vertreter der Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts sind verantwortlich für die Aufstellung und sachgerechte Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften über den Jahresabschluss in § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen (ErdölBevG) und nach Maßgabe des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes.

Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses nach § 29 ErdölBevG zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Angaben ist.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Jahresabschluss nach § 29 Abs. 1 ErdölBevG und nach Maßgabe des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes abzugeben. Wir haben unsere Prüfung des Abschlusses unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Prüfung des Abschlusses so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Jahresabschluss nach § 29 Abs. 1 ErdölBevG frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Die Prüfung eines Abschlusses umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Jahresabschluss nach § 29 ErdölBevG enthaltenen Wertansätze und zu den dazugehörigen Angaben zu erlangen.

Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Angaben im Jahresabschluss nach § 29 ErdölBevG ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Wirtschaftsprüfer das interne Kontrollsystem, das für die Aufstellung des Jahresabschlusses nach § 29 Abs. 1 ErdölBevG relevant ist. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Unternehmens abzugeben. Die Prüfung eines Abschlusses umfasst auch die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nach § 29 Abs. 1 ErdölBevG.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse stellt der Jahresabschluss die Vermögens- und Finanzlage des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts zum 31. März 2016 sowie die Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr nach den Vorschriften des § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen und nach Maßgabe des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes in allen wesentlichen Belangen sachgerecht dar.

Rechnungslegungsgrundsätze

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf den § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen und das Finanzstatut des Erdölbevorratungsverbandes hin, in denen auf die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze hingewiesen wird. Der Jahresabschluss wurde zur Einhaltung der Rechnungslegungsverpflichtungen des oben erwähnten Gesetzes aufgestellt. Folglich ist der Jahresabschluss möglicherweise für einen anderen als den vorgenannten Zweck nicht geeignet.

Vermerk zum Lagebericht nach § 29 Abs. 2 ErdölBevG

Wir haben den beigefügten Lagebericht nach § 29 Abs. 2 ErdölBevG des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2016 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den Vorschriften des § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen und nach Maßgabe des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der für die Prüfung des Lageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Lageberichts nach § 29 Abs. 2 ErdölBevG so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Lagebericht insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild des Geschäftsverlaufs und der Lage des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, vermittelt und die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung zutreffend darstellt.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Lageberichts nach § 29 Abs. 2 ErdölBevG gewonnenen Erkenntnisse vermittelt der Lagebericht nach § 29 Abs. 2 ErdölBevG insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild des Geschäftsverlaufs und der Lage des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, und stellt die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Erdölbevorratungsverbandes zutreffend dar.

Stuttgart, 16. August 2016



Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Künkele
Wirtschaftsprüfer

Germeroth
Wirtschaftsprüfer

Lagebericht

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2016

1. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

1.1. Struktur und Aufgaben

Der Erdölbevorratungsverband ist eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts auf der Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes.

Die gesetzliche Aufgabe ist es, zur Sicherung der Energieversorgung nach Maßgabe des Erdölbevorratungsgesetzes (ErdölBevG) Vorräte an Erdöl (Rohöl) und Erdölerzeugnissen zu halten und diese im Falle einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verordneten Freigabe über seine Mitglieder dem Markt zur Verfügung zu stellen.

Der Erdölbevorratungsverband ist mitgliedschaftlich organisiert. Mitglied ist, wer gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Ottokraftstoff, Dieselmotorkraftstoff, Heizöl Extra Leicht oder Fluggastturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1 einführt oder für eigene Rechnung in der Bundesrepublik Deutschland herstellt oder herstellen lässt. Die Mitglieder zahlen auf diese eingeführten oder hergestellten Mengen Pflichtbeiträge.

In seiner Wirtschaftsführung ist der Erdölbevorratungsverband weitgehend selbständig. Er führt ein kaufmännisches Rechnungswesen gemäß handelsrechtlichen Grundsätzen. Einzelheiten regelt das Finanzstatut des Erdölbevorratungsverbandes.

Organe des Verbandes sind die Mitgliederversammlung, der Beirat und der Vorstand. Zusammensetzung und Aufgaben der Organe richten sich nach dem ErdölBevG und der Satzung des Erdölbevorratungsverbandes.

Der Erdölbevorratungsverband unterliegt der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Die Bevorratungspflicht umfasst gemäß den gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich die während der letzten drei Kalenderjahre durchschnittlich im Laufe von 90 Tagen in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Mengen an Erdöl (Rohöl) und bestimmten Erdölerzeugnissen.

Die vom Erdölbevorratungsverband gehaltenen Bestände werden in oberirdischen Tanks und in unterirdischen Kavernen gelagert. Bei der Lagerung der Erdölerzeugnisse wird auf eine regional ausgewogene Verteilung geachtet. Die Bestände an Rohöl werden im Wesentlichen in Kavernen an sieben Standorten gehalten.

Die Tankraumkapazitäten werden fast ausschließlich von Dritten unter Vertrag genommen, während die unterirdische Lagerung zu großen Teilen in eigenen Kavernen durchgeführt wird. Dabei nimmt die 100%ige Tochtergesellschaft des Verbandes, die Nord-West Kavernengesellschaft mbH mit Sitz in Wilhelmshaven, die Betriebsführung für die Eigentumskavernen wahr.

Während die Anschaffung von Beständen und Lagereinrichtungen durch Kredite finanziert werden kann, sind die zur Erfüllung der operativen Verbandsaufgaben erforderlichen Aufwendungen sowie die Fremdkapitalzinsen aus Beiträgen der Mitglieder zu decken. Die Höhe des Beitragssatzes wird vor Beginn eines Geschäftsjahres unter Berücksichtigung des im kommenden Geschäftsjahr zu erwartenden Mittelbedarfs einheitlich für alle Mitglieder und Erdölerzeugnisse festgelegt.

Aufgrund der Bestimmungen des Erdölbevorratungsgesetzes kann der Verband nur durch Gesetz aufgelöst werden. Für diesen Fall übernimmt die Bundesrepublik Deutschland etwa noch bestehende Verbindlichkeiten. Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Verbandes ist gesetzlich ausgeschlossen.

1.2. Bevorratungspflicht

Das ErdölBevG sieht eine Bevorratungspflicht und deren Deckung für einen Zeitraum vom 1. April eines Jahres bis zum 31. März des folgenden Jahres in Rohöläquivalenten (COE) vor. Die Bevorratungspflicht kann durch das Halten von Erdöl, Ottokraftstoff, Dieselmotorkraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1 gewährleistet werden.

Neben eigenen Vorräten kann die Bevorratungspflicht auch durch Verträge mit Mitgliedern oder Dritten, die diese verpflichten, Bestände zur ausschließlichen Verfügung des Verbandes vorzuhalten, erfüllt werden (sogenannte Delegationen).

Bei der Ermittlung der Bevorratungspflicht in Rohöläquivalenten wird beim Rohöl ein Mengenabzug für Naphtha von grundsätzlich vier Prozent und bei den Erdölerzeugnissen ein Zuschlag von zwanzig Prozent sowie über alle Vorratsbestände ein gesetzlicher Abzug von zehn Prozent berücksichtigt.

1.3. Mineralölkonsum

Der Mineralölkonsum war beim Ottokraftstoff und beim Heizöl Extra Leicht im Kalenderjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Beim Dieselmotorkraftstoff und beim Flugturbinenkraftstoff JET A-1 war ein höherer Konsum zu verzeichnen.

Insgesamt ist der Mineralölkonsum im Kalenderjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

2. Geschäftsverlauf 2015/2016

2.1. Logistik und Bestände

2.1.1. Entwicklung der Bevorratungspflicht

Die Bevorratungspflicht bemisst sich nach den Vorschriften des § 3 Abs. 1 ErdölBevG.

Für den Zeitraum vom 1. April 2015 bis einschließlich zum 31. März 2016 ist Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Bevorratungspflicht entsprechend der gesetzlichen Regelung der Durchschnitt der Nettoeinfuhren an Erdöl und den im ErdölBevG genannten Erdölerzeugnissen der Kalenderjahre 2012 bis 2014, jeweils ausgedrückt in Rohöl-äquivalenten (COE).

Die ab dem 1. April 2015 geltende Bevorratungspflicht für das Geschäftsjahr 2015/2016 belief sich auf 22,6 Mio. t COE.

Im Übergang vom Geschäftsjahr 2015/2016 auf das Geschäftsjahr 2016/2017 ergibt sich folgendes Bild hinsichtlich der Bevorratungspflicht und deren Deckung:

	Rohöläquivalent t	Rohöl t	Produkte t
Eigentums mengen		14.950.612	9.566.991
Delegations mengen		90.122	215.882
		15.040.734	9.782.873
Abzug 4 %		601.629	
Zuschlag 20 %			1.956.574
Bestand	26.178.552	14.439.105	11.739.447
Abzug 10 %	2.617.855		
anrechenbarer Bestand	23.560.697		
gesetzliche Bevorratungspflicht 2015/2016	22.569.000		
Überdeckung 31.03.2016 in %	991.697 4,4		
gesetzliche Bevorratungspflicht 2016/2017	22.538.000		
Deckung 01.04.2016	23.527.642		
Überdeckung 01.04.2016 in %	989.642 4,4		

2.1.2. Bestandshaltung

Die Höhe der anrechenbaren Bestände belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 23,6 Mio. t COE. Daraus ergab sich eine Überdeckung der Bevorratungspflicht um 4,4 %. Im Übergang auf das folgende Geschäftsjahr blieb die Überdeckung bei geringfügig gesunkener Bevorratungspflicht zum Beginn des Geschäftsjahres 2016/2017 nahezu konstant.

Im Rahmen der Anpassung der Bestände an die Konsumententwicklung wurde der Austausch von Heizöl Extra Leicht im Kavernenspeicher Bremen-Lesum gegen Einlagerung von Dieselmotortreibstoff beendet. Vergleichbare Austauschaktionen fanden in geringem Umfang auch an einigen oberirdischen Standorten statt. Es ist beabsichtigt, die Produktlagerung bei Reduzierung von Rohölbeständen zu erhöhen und den Produkt-Mix entsprechend der Konsumententwicklung weiter zu verbessern.

2.1.3. Verteilungsgrundsätze im Krisenfall

Die Freigabe von Vorräten im Krisenfall gemäß § 12 ErdölBevG wird vorrangig an die Mitgliedsunternehmen entsprechend ihrem Beitragsanteil am gesamten Beitragsaufkommen vorgenommen. Die Versorgung der Verbraucher wird somit im Rahmen der Logistik der Mineralölwirtschaft sichergestellt, sodass im Freigabefall gewachsene Versorgungsstrukturen so weit wie möglich genutzt werden können.

2.1.4. EU-weite Ausschreibung von Tankraum und Delegationen

Die bis zum Ende des Geschäftsjahres zeitlich befristeten Lager- und Delegationsverträge wurden in einem Vergabeverfahren erneut öffentlich ausgeschrieben.

Angeboten wurden 2,9 Mio. cbm Lagerraum, von denen 2,7 Mio. cbm kontrahiert wurden.

2.1.5. Kontrolle der Vertragserfüllung

Die Erfüllung der Vertragspflichten in den Vertragstanklagern wird regelmäßig überwacht. Dabei wurden insgesamt 567 Lager- und Delegationsverträge des Berichtsjahres und des Vorjahres untersucht. Die Prüfungen führten in drei Fällen zu Beanstandungen.

2.1.6. Regionale Verteilung

Der gesetzlichen Verpflichtung zur regional ausgewogenen Lagerung der Produktbestände wird Rechnung getragen.

Nach einem Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Erdölbevorratung sind jeweils mindestens 15 Tage sofort zugreifbarer Produktbestände an Ottomotortreibstoff einerseits sowie an Dieselmotortreibstoff und Heizöl Extra Leicht andererseits in fünf abgegrenzten Versorgungsbereichen oberirdisch vorzuhalten.

Die regionale Verteilung der oberirdisch und unterirdisch gelagerten Bestände und der Delegationsmengen zum 31. März 2016 stellte sich wie folgt dar:

	Ottokraftstoff	Mitteldestillate	Rohöl	Gesamt
	Tsd. t	Tsd. t	Tsd. t	Tsd. t
Schleswig-Holstein	109	602	457	1.168
Hamburg	48	246	0	294
Niedersachsen	828	527	12.692	14.047
Bremen	8	1.169	0	1.177
Nordrhein-Westfalen	149	1.433	1.416	2.998
Hessen	23	234	0	257
Rheinland-Pfalz	92	456	0	548
Saarland	0	0	0	0
Baden-Württemberg	174	1.065	171	1.410
Bayern	118	629	155	902
Mecklenburg-Vorpommern	8	75	0	83
Sachsen-Anhalt	29	38	46	113
Berlin	80	571	0	651
Brandenburg	70	134	84	288
Thüringen	176	172	0	348
Sachsen	82	102	0	184
	1.994	7.453	15.021	24.468
Auslandsbestände	0	336	20	356
Gesamt	1.994	7.789	15.041	24.824

Die Vorräte sind den tatsächlichen Lagerorten zugeordnet, ohne logistische Anbindungen zu berücksichtigen.

2.1.7. Qualitätssicherung

Die im Geschäftsjahr durchgeführten Qualitätskontrollen der langzeitgelagerten Produkte zeigen, dass das vom Erdölbevorratungsverband entwickelte Qualitätssicherungssystem „ProQuality“ die Erwartungen erfüllt. Mit den in einer Datenbank hinterlegten Analysen führt das Programm zu einer hinreichenden Vorhersage über die Lagerungsstabilität. Dies trägt zur stets spezifikationsgerechten Auslieferungsfähigkeit der Produkte bei.

Die kontinuierlich fortgeführten Probennahmen und Analysen der in Salzkavernen langzeitgelagerten Rohöle erbrachten auch bei Lagerzeiten von mehr als 15 Jahren keine Hinweise auf die Beeinträchtigung der Qualität durch die Bildung von Sediment oder Ölschlamm.

2.1.8. Inventur

Die Inventur der Pflichtvorräte ergab keine Beanstandungen.

2.1.9. Kavernenbetrieb

In den Kavernenspeichern des Erdölbevorratungsverbandes in Wilhelmshaven-Rüstringen, Heide, Sottorf und Bremen-Lesum lagerten zum Bilanzstichtag 31. März 2016 insgesamt 9,5 Mio. t Bestände.

Die Betriebsführung dieser Standorte ist der NWKG übertragen.

Am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen wurde die Einlagerung in die neu hergestellte Kaverne K 801 mit einem Füllvolumen von 800 Tsd. cbm im Februar 2016 abgeschlossen. Die Solung von drei weiteren Kavernen wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Am Standort Heide wurde der Austausch von hochschwefeligem Heizöl gegen Dieselmotorkraftstoff in einer Kaverne nahezu abgeschlossen. Mit der dabei produzierten Sole wurde eine Rohölkaverne entleert.

Am Standort Bremen-Lesum wurden im Berichtsjahr zwei Kavernen mit Dieselmotorkraftstoff befüllt. Der Speicher ist vollständig mit spezifikationsgerechtem Dieselmotorkraftstoff befüllt.

Am Standort Sottorf gab es keine Umschlagaktivitäten.

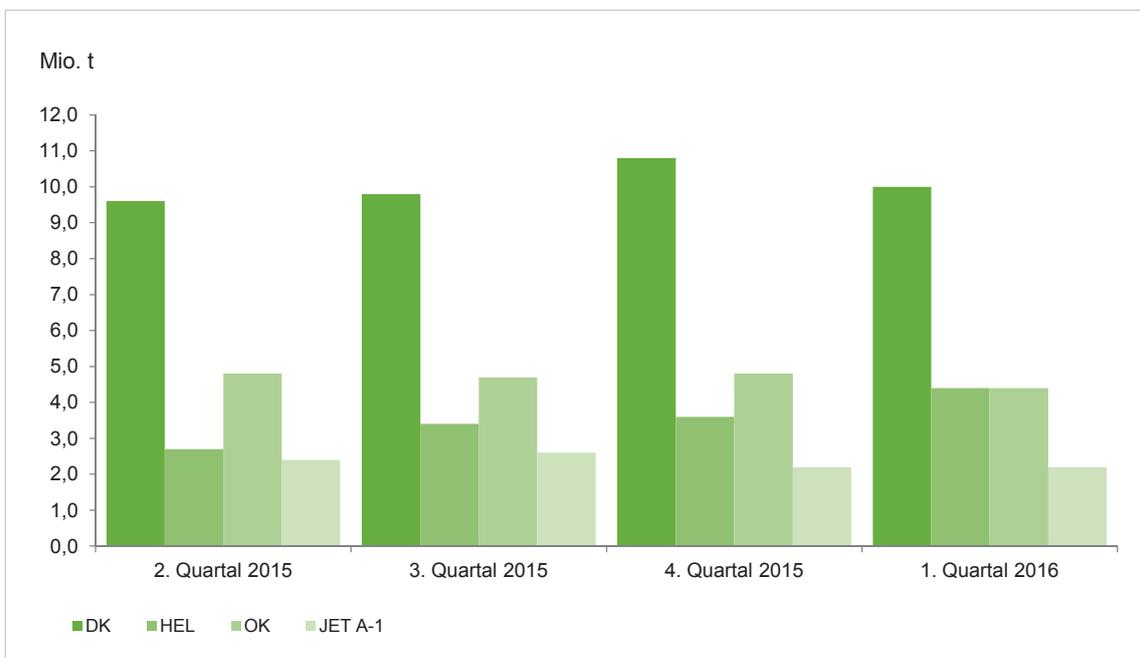
2.2. Beiträge

2.2.1. Beitragssatz

Der am 23. Januar 2015 vom Beirat beschlossene und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen am 5. März 2015 genehmigte einheitliche Beitragssatz für die in § 23 Abs. 2 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 ErdölBevG aufgeführten beitragspflichtigen Erdölerzeugnisse Ottomotorkraftstoff, Dieselmotorkraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenmotorkraftstoff JET A-1 betrug im Berichtsjahr unverändert 3,56 EUR/t.

2.2.2. Entwicklung der beitragspflichtigen Mengen

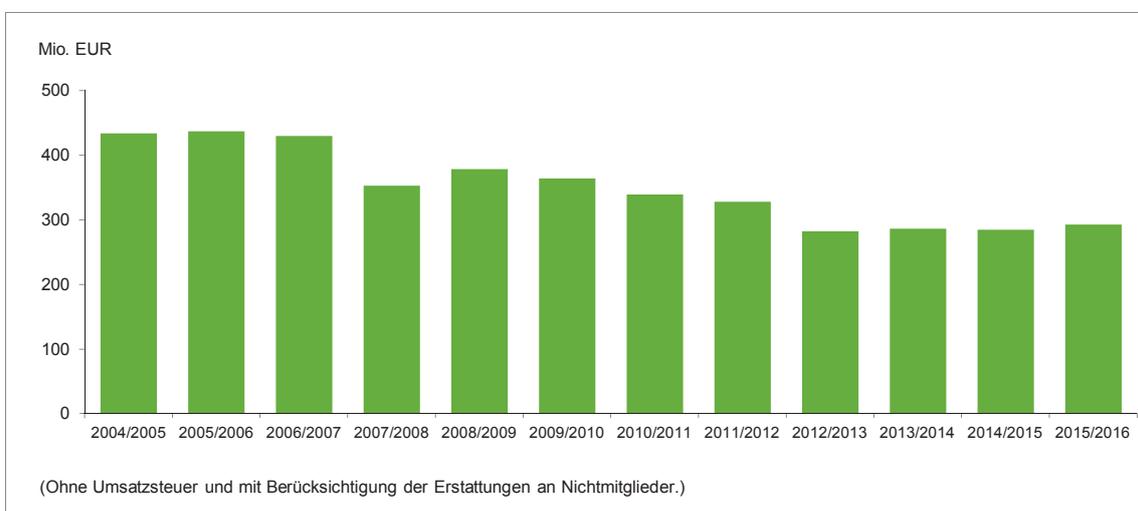
Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Zusammensetzung der beitragspflichtigen Mengen im Berichtsjahr je Kalenderquartal:



2.2.3. Entwicklung des Beitragsaufkommens

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen betrugen EUR 292,8 Mio. und lagen damit um EUR 18,6 Mio. bzw. 6,8 % über den Ansätzen des Wirtschaftsplanes.

Der zeitliche Verlauf des Beitragsaufkommens wird durch folgende Grafik veranschaulicht:



Die Mitgliedsunternehmen kamen ihren Melde- und Beitragszahlungsverpflichtungen ganz überwiegend korrekt nach.

Gleichwohl führten vertiefte Prüfungen der Importmengen in 94 Fällen zu Nachmeldungen von insgesamt TEUR 285 und zu Erstattungen von insgesamt TEUR 444. Aus der Prüfung von Herstellungs- und Abzugsmengen resultierten in 68 Fällen Beitragserstattungen per Saldo in Höhe von insgesamt TEUR 60.

Bei den Erstattungsanträgen der Nichtmitglieder mit einem Gesamtvolumen von rund EUR 6 Mio. gab es 14 weitergehende Überprüfungen, aufgrund derer per Saldo TEUR 10 zurückgezahlt wurden.

Für verspätete Zahlungen wurden Zinsen in Höhe von TEUR 10 vereinnahmt. Im Berichtsjahr gab es keine Beitragsausfälle.

2.3. Entwicklung des Anlagevermögens

Die Gesamthöhe der Nettozugänge in das Anlagevermögen und in die Pflichtvorräte belief sich auf EUR 185,9 Mio.

Davon entfielen EUR 182,7 Mio. auf Bestandszugänge im Zuge der Wiedereindeckung mit Erdöl und Erdölzerzeugnissen sowie auf operative Anpassungen der Bevorratungsstruktur.

Von dem gesamten Bestandsaufbau bei den Pflichtvorräten sind insgesamt EUR 151,3 Mio. zahlungswirksam geworden. Nicht zahlungswirksame Geschäftsvorfälle entfallen in Höhe von EUR 31,4 Mio. auf Tauschgeschäfte.

Auf Sachanlagen entfielen Investitionsausgaben in Höhe von EUR 3,2 Mio. EUR.

3. Rechtliche Verhältnisse

3.1. Organe, Ausschüsse, Mitgliedschaft

Die Zusammensetzung und die Aufgaben der Organe richten sich nach dem ErdölBeVG und der Satzung des Erdölbevorratungsverbandes.

Entsprechend der gesetzlichen Ermächtigung hat der Beirat einen Wirtschaftsausschuss und einen Bevorratungsausschuss eingerichtet, die den Beirat und den Vorstand beraten. Diese Ausschüsse, dessen Mitglieder vom Beirat berufen werden, setzen sich aus Personen der Mitgliedsunternehmen zusammen.

3.2. Mitglieder- und Stimmrechtsverteilung

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 20 Unternehmen aus dem Verband aus, während elf Unternehmen neu oder erneut Mitglied wurden.

Zum Stichtag 31. März 2016 hatte der Verband 92 Mitglieder.

Die Verteilung der Stimmen auf die Mitglieder zum 31. März 2016 stellte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag wie folgt dar:

Anzahl der Mitglieder	Stimmverteilung	
	31.03.2016	31.03.2015
mit jeweils 1 Stimme	71	78
2 bis 5 Stimmen	7	10
6 bis 10 Stimmen	5	5
mehr als 10 Stimmen	9	8
Mitglieder gesamt	92	101
Stimmen gesamt	355	355

An der 38. Mitgliederversammlung am 26. November 2015 nahmen 38 Mitglieder mit 276 Stimmen teil (76 % der Gesamtstimmen).

4. Vermögenslage

Am 31. März 2016 betrug die Bilanzsumme EUR 4.729,1 Mio. (Vj.: EUR 4.950,4 Mio.).

Die Vermögenslage war von einem hohen Anteil an mittel- und langfristig gebundenem Vermögen einerseits sowie mittel- und langfristigem Kapital andererseits geprägt.

Wesentliche Bilanzveränderungen entfielen auf der Aktivseite auf den Rückgang der Pflichtvorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen um EUR 33 Mio. sowie auf den gegenüber dem Vorjahr um EUR 188 Mio. verminderten Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen.

Obwohl sich der Eigentumsbestand der Pflichtvorräte im Berichtsjahr um 341 Tsd. t gegenüber dem Vorjahresbestand erhöht hat (EUR 182,7 Mio.), wirkten sich hierbei insbesondere Einstandswertübertragungen (EUR 216 Mio.) bilanzverkürzend aus. Während zu Beginn des Tauschprogrammes in dem Kavernenspeicher Bremen-Lesum Heizölbestände in Marktphasen hochpreisiger Rohstoffnotierungen ausgelagert wurden, entstanden bei der Rücklieferung durch rückläufige Rohstoffnotierungen für Dieselkraftstoff per Saldo marktpreisbedingte Wertunterschiede, die nach Maßgabe von § 13 des Finanzstatutes nach Abschluss des Tauschprogrammes bilanziell übertragen wurden.

Der mengenseitige Bestandsaufbau bei den Pflichtvorräten entfällt beim Dieselkraftstoff im Wesentlichen auf Zukäufe am Standort Bremen-Lesum und Rücklieferungen aus Tauschkontrakten am Standort Heide. Des Weiteren kam es aufgrund von Einlagerungen aufgrund neuer Tankraumverträge und von Rücklieferungen aus bestehenden Frischhaltungen ebenfalls zu einem weiteren Mengenaufbau von Dieselkraftstoff sowie von Flugturbinenkraftstoff JET A-1.

Demgegenüber wurden Bestände an Ottokraftstoff, Heizöl Extra Leicht sowie Rohölen im Berichtsjahr zurückgeführt. Das Produkt-/Rohölverhältnis hat sich damit leicht zu Gunsten des Produktanteils auf 44,8 % an den gesamten Pflichtvorräten auf COE-Basis verbessert.

Mit einem Buchwert in Höhe von EUR 4.506,1 Mio. (Vj.: EUR 4.539,5 Mio.) betrug der Anteil der Pflichtvorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen 95,3 % der Bilanzsumme (Vj.: 91,7 %).

Das langfristig gebundene Vermögen verringerte sich insgesamt auf EUR 4.568 Mio. bzw. 96,6 % der Bilanzsumme.

Mit einem Anteil von 3,4 % an der Bilanzsumme (Vj.: 7,0 %) haben sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände im Berichtsjahr von EUR 348 Mio. auf EUR 160 Mio. vermindert.

Vor dem Hintergrund der Beendigung wesentlicher Tauschkontrakte für Dieselmotorkraftstoff an verschiedenen Raffineriestandorten weist der Fakturabestand aus Lieferungen und Leistungen zum Stichtag einen gegenüber dem Vorjahr entsprechend niedrigeren Wert auf. Des Weiteren führte die Erstattung von Steuerguthaben zur Verringerung der kurzfristig gebundenen liquiditätsnahen Vermögenswerte.

Auf der Passivseite beträgt der Anteil des langfristig gebundenen Kapitals EUR 4.290 Mio. bzw. 90,7 % der Bilanzsumme. Davon entfallen EUR 848,6 Mio. auf Rücklageposten sowie EUR 3.441 Mio. auf das mittel- und langfristig fällige Fremdkapital. Wesentliche Bilanzveränderungen entfallen auf der Passivseite auf die Verringerung der im Ausgleichsposten enthaltenen Salden aus offenen Tausch- und Wälzungskontrakten um EUR 277 Mio. Dabei wirkten sich insbesondere Marktwertunterschiede aus beendeten Kavernentauschprogrammen aus, die nach Maßgabe von § 13 des Finanzstatutes aktivisch übertragen wurden.

Im Rahmen der mittel- und langfristigen Kapitalbindung steht dem Abbau von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um EUR 127 Mio. die Erhöhung kurzfristig fälliger Bankverbindlichkeiten aus Tages- und Termingeldaufnahmen um EUR 119 Mio. zum Bilanzstichtag gegenüber.

Die Fristigkeitsstruktur der Finanzierung ist durch die Erhöhung des kurzfristigen Fremdkapitals auf EUR 439 Mio. sowie den Abbau der Anleihen und Darlehensverbindlichkeiten um EUR 30 Mio. gekennzeichnet. Das Verhältnis der Geldmarkttitel in Höhe von EUR 219 Mio. beträgt 7,4 % der gesamten Anleihe- und Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.966 Mio.

Die Ausgleichsrücklage umfasst zum Bilanzstichtag den durchschnittlichen Wert von 4,8 Monatsbeiträgen (Vj.: 5,5facher Wert).

Im Ergebnis wurde das langfristig gebundene Vermögen vollständig durch mittel- und langfristiges Kapital finanziert. Die Rücklagenquote ist mit 17,9 % an der Bilanzsumme (Vj.: 17,4 %) weiterhin stabil.

5. Finanzlage

Entsprechend der gesetzlichen Regelung, dass zur Finanzierung der für die Krisenbevorratung erforderlichen Bestände Kredite aufgenommen werden können, orientiert sich die Fremdkapitalaufnahme an den die Vorratsdeckung beeinflussenden mittelfristigen Prognosen zum inländischen Mineralölkonsum.

Im Berichtsjahr wurden Kredite in Höhe von EUR 100 Mio. im mittelfristigen Laufzeitsegment (davon EUR 50 Mio. Schuldscheine und EUR 50 Mio. Namensschuldverschreibungen) aufgenommen.

Mit diesen Mittelzuflüssen sowie der Erhöhung des Finanzmittelfonds wurde die Tilgung endfälliger Schuldscheindarlehen, der Investitionsbedarf für das Anlagevermögen und der Finanzierungsbedarf aus Rücklieferungen von Dieselmotorkraftstoff und Flugturbinenkraftstoff JET A-1 finanziert. Alle vorgesehenen Refinanzierungen konnten bei Kreditinstituten und anderen Investoren zu marktüblichen Konditionen durchgeführt werden.

Die Finanzverschuldung durch Anleihen und langfristige Darlehensverbindlichkeiten erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 1,6 % auf EUR 2.966 Mio. gegenüber dem Vorjahr. Die kurzfristigen Bankverbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 119 Mio. auf EUR 219 Mio., so dass der Anteil der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten 6,8 % der gesamten verzinslichen Fremdfinanzierung beträgt (Vj.: 3,3 %).

Die kurzfristige Liquiditätsversorgung am Geldmarkt wurde auf der Grundlage von Kreditlinien bei verschiedenen Kreditinstituten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden zur Tilgung anstehende Kapitalmarktkredite durch Geldmarktkredite zwischenfinanziert und anschließend in mittelfristige Darlehensverbindlichkeiten transformiert.

Die laufenden Finanzierungskosten wurden vollumfänglich durch operative Erträge ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war sowohl kurz-, als auch langfristig sichergestellt.

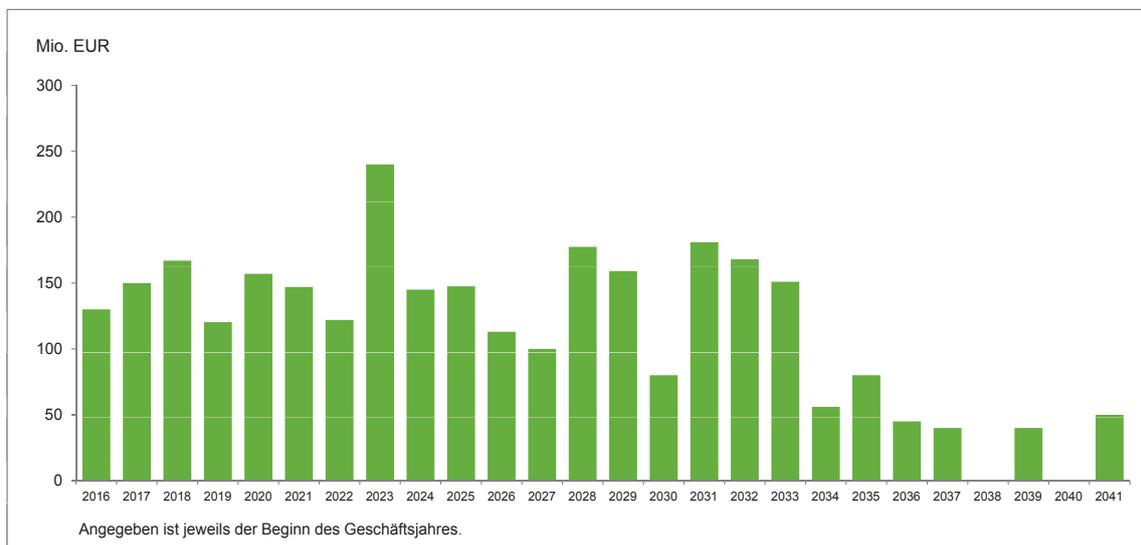
Fremdwährungsrisiken bestanden weder bei den Kapitalmarkt- noch bei den Geldmarktschulden. Kredite werden ausschließlich in Euro denominated.

Zum Stichtag ergab sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von TEUR 26.

5.1. Kapitalbindungsfristen

Im Berichtsjahr wurden Kapitalmarktdarlehen mit Laufzeiten zwischen drei und fünf Jahren aufgenommen. Der durchschnittliche Zinssatz der Kapitalmarktkredite konnte zum Stichtag 31. März 2016 auf 3,27 % p. a. (Vj.: 3,34 % p. a.) reduziert werden. Die Laufzeitenstruktur des Kreditportfolios orientiert sich an der langfristigen Kapitalbindung der Aktiva.

Die folgende Grafik zeigt, welcher Teil der Anleihen und langfristigen Darlehen von insgesamt EUR 2.966 Mio. im jeweiligen Geschäftsjahr fällig werden:



5.2. Finanzierungsinstrumente

Der längerfristige Liquiditätsbedarf wird durch die Begebung von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen gedeckt. Diese Finanzierungsinstrumente wurden auch im Berichtsjahr zu Festzinssätzen platziert. Vom gesamten zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Bestand an langfristigen Kreditverbindlichkeiten entfielen 26,4 % auf Kreditinstitute, 54,1 % auf Versicherer und 19,5 % auf Pensionskassen, Versorgungswerke und sonstige Gläubiger.

Neben dem Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind als weitere Finanzierungsquelle Tages- und Termingeldlinien eingerichtet, um den kurzfristigen Finanzbedarf einzudecken. Diese werden von Kreditinstituten bereitgestellt. Der Einsatz dieser Geldmarktinstrumente erhöht die Flexibilität bei der Liquiditätsversorgung.

5.3. Besicherung

Zur Finanzierung der Mineralölbevorratung werden unbesicherte Kreditverträge unter der Verpflichtung abgeschlossen, keinen anderen Darlehensgebern und Anleihegläubigern bessere Besicherungsregeln einzuräumen. Die Erfüllung dieser Verpflichtung wird den Kreditgebern jährlich durch einen Wirtschaftsprüfer nachgewiesen.

Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, hat im Berichtsjahr die Bestätigung über die in den Kreditverträgen zur Finanzierung der Mineralölbevorratung enthaltene Besicherungs-Negativklärung ohne Einschränkungen abgegeben.

5.4. Kreditrating

Das AAA-Rating mit stabilem Ausblick wurde im Berichtsjahr von der Ratingagentur S&P Global Ratings bestätigt. Die Definition für diese Ratingklasse lautet:

Ein Schuldner mit dem Rating AAA verfügt über eine außergewöhnlich starke Fähigkeit zur Erfüllung seiner finanziellen Verbindlichkeiten. AAA ist das höchste Emittentenrating, das S&P Global Ratings zuordnet. (Zum Originaltext siehe unter: http://www.standardandpoors.com/en_US/web/guest/article/view/sourceId/504352)

Diese Qualitätsbeurteilung über die Kreditwürdigkeit im hochwertigen Investment-Grade-Bereich sichert sowohl den direkten Zugang zur Kapitalmarktfinanzierung als auch strukturell adäquate Risikoprämien auf die maßgebenden Referenzzinssätze im jeweiligen Laufzeitsegment.

6. Ertragslage

Die Erträge des abgelaufenen Geschäftsjahres 2015/2016 in Höhe von EUR 303 Mio., bestehend aus Mitgliedsbeiträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen, trugen in Höhe von 95,7 % (Vj.: 97,2 %) zur Deckung der Aufwendungen in Höhe von EUR 317 Mio. bei.

Die Ertragslage ist im Wesentlichen durch die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen sowie Zinsen und ähnliche Aufwendungen geprägt. Die größten absoluten Ergebnisveränderungen gegenüber dem Vorjahr gehen insbesondere auf die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (EUR + 13 Mio.), die Abschreibungen auf Finanzanlagen (EUR + 10 Mio.) sowie die sonstigen betrieblichen Erträge (EUR + 8 Mio.) zurück.

Die Erträge aus Beiträgen trugen mit 92,5 % (Vj.: 96,4 %) zur Deckung der Aufwendungen bei. Dabei lagen die Mitgliedsbeiträge mit EUR 292,8 Mio. leicht über dem Vorjahreswert von EUR 285,4 Mio. Ursächlich hierfür sind insbesondere gestiegene Mitgliedsbeiträge für Import- und Herstellungsmengen von Dieselmotorkraftstoff (+ 4,4 Mio. t). Die beitragspflichtigen Mengen betragen insgesamt 82 Mio. t und lagen mit 5 Mio. t bzw. 6,8 % über dem Planwert von 77 Mio. t.

Wie bereits im Vorjahr hatten die auf den Dieselmotorkraftstoff entfallenden Mitgliedsbeiträge mit 48,9 % (Vj.: 45,7 %) den höchsten Anteil am Beitragsaufkommen des Geschäftsjahres 2015/2016. Auf Ottomotorkraftstoff entfielen 22,6 % (Vj.: 24,3 %), auf Heizöl Extra Leicht 17,2 % (Vj.: 19,7 %) und 11,4 % (Vj.: 10,3 %) auf Flugturbinenmotorkraftstoff JET A-1.

Mit einem Anteil von 45,4 % (Vj.: 48,9 %) bilden die Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen weiterhin die größte Aufwandsposition. Trotz insgesamt leicht gestiegenem Tankraumvolumen war im Geschäftsjahr 2015/2016 eine leichte Aufwandsminderung gegenüber dem Vorjahr um EUR 1 Mio. auf EUR 143,8 Mio. aufgrund insgesamt gesunkener Vergütungssätze zu verzeichnen.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betragen EUR 105,4 Mio. bzw. 33,3 % (Vj.: 36,7 %) der gesamten Aufwendungen. Darin sind Zinseffekte in Höhe von EUR 10 Mio. aus der Aufzinsung von Rückstellungen, überwiegend für den Kavernenrückbau, enthalten. Die auf die Finanzierung entfallenden Zinsaufwendungen verringerten sich von EUR 99 Mio. um 3 % auf EUR 96 Mio. Diese Veränderung resultiert neben deutlich geringeren Kosten für die Inanspruchnahme von Tages- und Termingeld aus niedrigeren Finanzierungskosten eines insgesamt gestiegenen mittel- und langfristigen Kreditvolumens gegenüber dem Vorjahr.

Das Jahresergebnis des Verbandes betrug EUR - 13,5 Mio.

7. Risiken und Chancen

7.1. Risikomanagementsystem

Zur Steuerung und Überwachung des laufenden Geschäfts ist ein kontinuierlicher Prozess der Risikobeurteilung eingerichtet, der die wirtschaftlichen Risiken der Geschäftstätigkeit kategorisiert und bewertet. Für alle identifizierten Risiken wurden aus Eintrittswahrscheinlichkeiten und erwarteten Schadenausmaßen Risikograde entwickelt. Die Höhe des Risikogrades ist dabei Ausdruck der Steuerungsnotwendigkeit bedeutender Einzelrisiken.

Gegensteuerungsmaßnahmen zur Risikovermeidung bzw. -begrenzung werden in einem Risikoportfolio dokumentiert und laufend überwacht, um frühzeitig Veränderungen zu erkennen und Anpassungen vorzunehmen. Die Berichterstattung an den Beirat umfasst einen jährlichen Risikobericht des Vorstandes mit den als hoch, mittel und niedrig bewerteten Einzelrisiken, die zwischen den jährlichen Erhebungszeitpunkten überwacht werden.

7.2. Risiken aus der Umsetzung des Bevorratungsauftrages

Der Krisenversorgungsauftrag umfasst die Lagerung, Überwachung und gegebenenfalls Anpassung der Vorratsmengen an Erdöl (Rohöl) und Erdölerzeugnissen. Diese werden unterirdisch in Kavernen und oberirdisch in Tanks und Tanklagern gelagert und müssen zur Qualitätserhaltung bzw. zur Anpassung an geänderte Standards oder zur Anpassung an eine geänderte Verbrauchsstruktur ausgetauscht werden. Hierzu werden Verkaufs- und Einkaufsverträge mit namhaften Geschäftspartnern aus der Mineralölwirtschaft abgeschlossen.

Die damit einhergehenden Preis-, Mengen-, Logistik- und Kontrahentenrisiken werden unter anderem einerseits durch qualifizierte Vertragsbedingungen und andererseits durch eine Besicherung und ein Bonitätsmonitoring weitgehend reduziert.

7.3. Recht

Wesentliche rechtliche Risiken sind nicht erkennbar. Dies gilt auch für die anhängigen Gerichtsverfahren. Die bestehenden Verfahrensabläufe werden kontinuierlich überprüft, um rechtliche Risiken zu minimieren.

7.4. Personal

Im Personalbereich bestehen keine wesentlichen Risiken. Personalrisiken, die auf die Entwicklung der betrieblichen Altersstruktur unter den Wirkungen des demografischen Wandels zurückzuführen sind, werden überwacht.

Risiken aus der Personalfuktuation sind nicht erkennbar. Personelle Lücken in betrieblichen Kernprozessen liegen nicht vor. Dem Wissensaustausch zwischen den Fachbereichen wird mit Arbeitsgruppen und Projektteams Rechnung getragen. Externe Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen werden angeboten und von den Mitarbeitern wahrgenommen. Wechselnde Aufgaben dienen der Steigerung der Flexibilität sowie der Erhöhung des fachlichen und sozialen Kompetenz- und Fähigkeitsprofils und fördern das Verständnis bereichsübergreifender Zusammenhänge.

Die Anzahl von Ausbildungsplätzen wird beibehalten und dient sowohl der Nachwuchsentwicklung und ist gleichzeitig Ausdruck der sozialen Verantwortung.

7.5. Informationstechnologie

Der Einsatz moderner und leistungsfähiger IT-Systeme, für deren Betreuung Wartungs- und Servicevereinbarungen mit Dienstleistungsunternehmen abgeschlossen sind, unterstützt die dauerhafte Verfügbarkeit der IT-Anwendungen und ist für die Wahrnehmung der Krisenversorgungsaufgabe unabdingbar. Durch regelmäßige Kontrollen wird den ständig steigenden Bedrohungen für die Informationssicherheit entgegengewirkt.

Im Berichtsjahr wurde insbesondere das Datensicherungssystem erneuert und aktuellen Standards angepasst.

7.6. Finanzierung

Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken werden durch eine Diversifikation vor allem der Finanzierungsinstrumente am Geld- und Kapitalmarkt sowie der Auswahl der Geschäftspartner, insbesondere der Kreditinstitute, sowie bei Kapitalmarktemissionen durch eine angestrebte Verbreiterung der Investorenbasis reduziert. Geschäftspartnerrisiken werden zentral überwacht. Kontrahentenrisiken werden durch Sicherheiten von Garantiegebern mit hoher Bonität begrenzt.

Beitragsausfallrisiken bei den Mitgliedern werden durch eine ständige Überwachung der Beitragsmeldungen und -zahlungen und durch eine Nachverfolgung überfälliger Beitragszahlungen minimiert.

7.7. Umwelt

Umweltrisiken bestehen bei der Lagerung von Mineralölen, also vor allem hinsichtlich der Kavernenspeicher und Tanklager einschließlich der zugehörigen Infrastruktur.

Die Verfahrensabläufe und der Stand der Technik der Mineralöllagerung werden von der mit der Betriebsführung beauftragten NWKG kontinuierlich überprüft, um Umweltrisiken zu minimieren.

Zur Abdeckung der Kosten bei der Behebung eventueller Umweltschäden besteht Versicherungsschutz in angemessenem Umfang und angemessener Höhe.

8. Prognosebericht

8.1. Mineralölkonsum

Die mittelfristige Entwicklung des Mineralölkonsums in der Bundesrepublik Deutschland hat der Mineralölwirtschaftsverband e. V. letztmalig in einer Studie aus dem Jahr 2011 prognostiziert. Danach ist für die Jahre bis 2020 gegenüber den Vorjahren mit einem stetigen Konsumrückgang zu rechnen. Neuere Prognosen anderer Organisationen und Unternehmen gehen sogar von mittelfristig zum Teil deutlich stärkeren Konsumrückgängen im Mineralölbereich aus. Da der Fokus bei diesen Betrachtungen auf einem mittel- bis langfristigen Zeitraum liegt, können Aussagen für einzelne Jahre nicht unmittelbar abgeleitet werden.

Vor dem Hintergrund dieses mittelfristig rückläufigen Konsums von Erdölzeugnissen dürfte die Bevorratungspflicht weiter zurückgehen. Dennoch wird Erdöl auf lange Zeit zu den wichtigsten Primärenergieträgern Deutschlands zählen und die deutsche Energieversorgung nachhaltig beeinflussen.

8.2. Investitionen

Zum Ende des Berichtsjahres wurden Sachinvestitionen in einem Umfang von EUR 3,2 Mio. realisiert.

Die Sachinvestitionen konzentrieren sich aktuell auf den weiteren Ausbau des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen sowie auf den Einbau einer zusätzlichen Förderrohrtour in den einzelnen Kavernen. Die Erweiterung der bestehenden Kavernenverrohrung zu einem doppelwandigen und leckageüberwachten Rohrleitungssystem dient der Vorbeugung vor Umweltgefahren und der Betriebsbereitschaft der Kavernen. Die vollständige Umsetzung dieser Maßnahme in den Kavernenspeichern wird mehrere Jahre dauern.

Für das Geschäftsjahr 2016/2017 ist ein Investitionsvolumen für das Anlagevermögen von EUR 12 Mio. genehmigt. Davon entfallen EUR 6 Mio. auf die Erweiterung des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen, EUR 5 Mio. auf den Einbau zusätzlicher Förderrohr Touren und EUR 1 Mio. auf technische Einzelmaßnahmen in den Kavernenspeichern Wilhelmshaven-Rüstringen und Bremen-Lesum.

Die Investitionsplanung für die Erweiterung des Kavernenspeichers in Wilhelmshaven-Rüstringen erstreckt sich bis zum Ende des Geschäftsjahres 2019/2020.

8.3. Standortbezogene Aspekte

Vorrangige Ziele des Kavernenbetriebes sind die sichere Lagerung und die jederzeitige Auslagerungsbereitschaft an den Speicherstandorten Wilhelmshaven-Rüstringen, Sottorf, Bremen-Lesum und Heide.

8.4. Mitarbeiter

Der Personalstand soll auf dem aktuellen Niveau gehalten werden.

Der Stellenplan sieht 26 Vollzeitstellen vor, die zum 31. März 2016 in einem Umfang von 24,1 Vollzeitäquivalenten besetzt waren.

8.5. Kooperationen

Der Erdölbevorratungsverband kooperiert eng mit Bevorratungsorganisationen anderer Länder. Diese sind in der ACOMES-Gruppe zusammengeschlossen und kommen jährlich zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Bei Bedarf finden zusätzliche Abstimmungen statt.

Mit ELABCO, einer internationalen Gruppe von Laborexperthen, und Qualitätsmanagern internationaler Bevorratungsorganisationen und -agenturen werden analytische und technische Fragen, insbesondere der Qualitätssicherung bei Langzeitlagerung, beraten. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist dabei der jährliche Ringversuch mit einer Auswertung der Norm- und Alterungsteste. Ergebnisse dieser Beratungen finden unmittelbar Eingang in das Qualitätssicherungssystem „ProQuality“, das auch von anderen Bevorratungsorganisationen und -agenturen genutzt wird.

Die Zusammenarbeit mit der ICPG, einer international besetzten Projektgruppe von Rohölexperten, dient dem Austausch von technischen Informationen in Bezug auf die Bevorratung von Erdöl und der Förderung von Studien zur Lagerung bzw. Langzeitlagerung von Rohölen.

Die Mitarbeit des Erdölbevorratungsverbandes in der DIN-Normungsarbeit und in den DGMK-Fachausschüssen für Brenn- und Kraftstoffe sichert die Aktualität und Nähe zu Entwicklungen neuer Spezifikationen und Testverfahren.

8.6. Voraussichtliche Entwicklung

Zum 1. April 2016 reduzierte sich die Bevorratungspflicht auf 22,5 Mio. t COE.

Es ist vorgesehen, den Bestand der über die Bevorratungspflicht hinausgehenden Vorräte im laufenden Geschäftsjahr in geringem Umfang zu reduzieren. Hiervon sind insbesondere Rohölbestände am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen betroffen.

Darüber hinaus ist eine Anpassung der Produktenstruktur insbesondere durch die Einlagerung von spezifikationsgerechtem Dieseldieselkraftstoff mit besonderen Anforderungen für die Langzeitlagerung in den Kavernenspeicher Bremen-Lesum und die Auslagerung von Heizöl Extra Leicht gegen Dieseldieselkraftstoff im Kavernenspeicher Heide geplant.

Für das Geschäftsjahr 2016/2017 werden Erträge aus Beiträgen in Höhe von EUR 273 Mio. erwartet, denen ein unveränderter Beitragssatz in Höhe von 3,56 EUR/t und geplante beitragspflichtige Mengen in Höhe von 77 Mio. t zugrunde liegen. Die beitragswirksamen Aufwendungen in Höhe von EUR 331 Mio. werden im Wesentlichen durch die geplanten Mitgliedsbeiträge und eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von EUR 58 Mio. gedeckt.

Die Einnahmen aus dem Bestandsabbau von Heizöl Extra Leicht und verschiedener Rohöle dienen vor allem der Finanzierung des Bestandsaufbaus an Dieselmotortreibstoff und höherwertigem Rohöl sowie der Sachinvestitionen.

Die im Geschäftsjahr 2016/2017 fälligen Kapitalmarktkredite in Höhe von EUR 130 Mio. sollen refinanziert werden, wobei von weiterhin rückläufigen durchschnittlichen Kapitalkosten ausgegangen wird.

Jahresabschluss 2015/2016

Bilanz

zum 31. März 2016

Aktiva	31.03.2016 EUR	31.03.2015 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	988	23.825
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	11.511.244	11.791.349
2. Technische Anlagen und Maschinen	21.145.887	22.676.953
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	284.806	387.988
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.263.220	26.612.544
	62.205.157	61.468.834
III. Pflichtvorräte an Erdöl und Erdölprodukten		
1. Ottokraftstoffe	499.059.521	506.473.134
2. Dieselmotorkraftstoffe	984.028.008	953.519.094
3. Heizöl Extra Leicht	352.906.207	375.266.181
4. Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis	294.330.289	286.966.835
5. Erdöl	2.375.771.014	2.417.283.487
	4.506.095.039	4.539.508.731
IV. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.235	28.235
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Beiträgen	61.977.383	55.646.100
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	78.599.285	237.367.150
3. Sonstige Vermögensgegenstände	19.735.184	55.319.793
	160.311.852	348.333.043
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	26.294	522.507
C. Rechnungsabgrenzungsposten	458.988	539.934
	4.729.126.553	4.950.425.109

	31.03.2016	Passiva
	EUR	31.03.2015
		EUR
A. Reinvermögen		
I. Ausgleichsrücklage	117.806.390	130.721.238
II. Gesetzliche Rücklage (§ 30 Abs. 5 ErdölBevG)	512.272.291	512.272.291
III. Zweckgebundene Rücklage	218.500.000	218.500.000
	848.578.681	861.493.529
B. Ausgleichsposten aus offenen Tausch- und Wälzungskontrakten	283.863.984	560.599.780
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	10.509.234	9.553.735
2. Sonstige Rückstellungen	311.305.995	285.366.315
	321.815.229	294.920.050
D. Verbindlichkeiten		
1. Anleihen	2.016.500.000	1.966.500.000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Abtretungsgläubigern	1.220.781.356	1.104.230.591
3. Verbindlichkeiten aus Beiträgen	2.941.944	1.228.192
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.232.390	142.259.639
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16.418.858	17.311.881
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.797.817	1.517.310
	3.273.672.365	3.233.047.613
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.196.294	364.137
	4.729.126.553	4.950.425.109

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	Plan EUR	Ist EUR	Abweichung EUR
1. Mitgliedsbeiträge	274.227.000	292.815.749	18.588.749
2. Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen des Anlagevermögens	9.000	66.860	57.860
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.747.000	9.886.186	8.139.186
4. Personalaufwand	4.397.000	3.954.274	442.726
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.616.000	2.514.517	101.483
6. Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen	152.500.000	143.781.098	8.718.902
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	48.009.000	49.868.942	- 1.859.942
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41.000	336.263	295.263
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	535.000	11.019.113	- 10.484.113
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	112.181.000	105.429.902	6.751.098
12. Ergebnis der gewöhnlichen Verbandstätigkeit	- 44.214.000	- 13.462.788	30.751.212
13. Sonstige Steuern	7.000	6.961	39
14. Jahresergebnis des Verbandes	- 44.221.000	- 13.469.749	30.751.251
<u>Ergebnisausgleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung</u>			
15. Entnahmen aus Rücklagen			
a) Ausgleichsrücklage	44.221.000	13.469.749	- 30.751.251
b) Gesetzliche Rücklage (§ 30 Abs. 5 ErdölBevG)	0	0	0
c) Zweckgebundene Rücklagen	0	0	0
16. Einstellungen in die Rücklagen			
a) Ausgleichsrücklage	0	0	0
b) Gesetzliche Rücklage (§ 30 Abs. 5 ErdölBevG)	0	0	0
c) Zweckgebundene Rücklagen	0	0	0
17. Ergebnis	0	0	0

Anhang zum Jahresabschluss

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2016

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde gemäß Finanzstatut und in sinngemäßer Anwendung der §§ 238 bis 256a HGB unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Änderungen von Bewertungsmethoden, die sich aus der Änderung des Artikel 75 Abs. 6 EGHGB ergeben, wurden berücksichtigt. Die Kapitalflussrechnung wurde nach dem durch das BMJV bekanntgemachten und durch den DRSC verabschiedeten Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 21 (DRS 21) aufgestellt.

Im Übrigen entsprechen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden denen des Vorjahres und wurden stetig angewendet.

1.1. Anlagevermögen

1.1.1. Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sind mit ihren historischen Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen aktiviert.

Gebäude und bauliche Anlagen, Lagereinrichtungen und Infrastruktur sind zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, erfasst. Den Abschreibungen liegen im Einzelfall betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von drei bis 33 Jahren zugrunde. Sofern die angeschafften bzw. hergestellten Gebäude und Anlagen zum Stichtag bereits vollständig abgeschrieben waren, wird ein Erinnerungswert von jeweils EUR 1 ausgewiesen.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kraftfahrzeuge sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Den Abschreibungen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von jeweils fünf Jahren zugrunde. Aus Vereinfachungsgründen wird auf den Ansatz von Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung verzichtet, deren Anschaffungskosten im Einzelfall nicht mehr als TEUR 1 betragen.

1.1.2. Pflichtvorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Die Pflichtvorräte nach § 4 ErdölBevG sind zu fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Diese ergeben sich aus den durchschnittlichen Anschaffungskosten der Vorratsbestände. Der Austausch von Erdöl und Erdölerzeugnissen im Rahmen von Wälzungsvereinbarungen wirkt sich grundsätzlich nicht auf die Anschaffungskosten aus. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den jeweils beizulegenden Wert der Pflichtvorräte mussten nicht berücksichtigt werden.

1.1.3. Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert. Diese beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

1.2. Umlaufvermögen

1.2.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Ansatz dieser Posten erfolgt zu Nennwerten abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

1.2.2. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nennwerten angesetzt.

1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Disagien werden in die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und über die zugrunde gelegten Vertragslaufzeiten aufgelöst.

1.4. Reinvermögen

Das Reinvermögen besteht aus der Ausgleichsrücklage, der gesetzlichen Rücklage und der zweckgebundenen Rücklage.

1.5. Ausgleichsposten aus offenen Tausch- und Wälzungskontrakten

Für am 31. März 2016 noch nicht beendete Tausch- und Wälzungsvereinbarungen sowie Ein- und Verkaufskontrakte wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Einstandspreisen und Marktwerten ein Ausgleichsposten gebildet.

1.6. Rückstellungen

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden analog § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB gebildet.

Die Rückstellungen sind in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages passiviert und berücksichtigen erkennbare Risiken in angemessener Weise.

Den Berechnungen der Pensionsverpflichtungen liegen die Sterbetafeln 2005G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Dabei wird grundsätzlich je nach Verpflichtungshintergrund von einer Gehaltsdynamik von 2,4 % p. a. sowie einer Rentendynamik bei den Pensionsverpflichtungen von 1,57 % p. a. ausgegangen. Bei der Abzinsung werden die Abzinsungssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB in der Fassung des Artikel 7 des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 16. März 2016 zugrunde gelegt.

Die Bewertung der Rückstellungen für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern berücksichtigt Kostenschätzungen sowie Annahmen zur Entwicklung von Preisindizes und Abzinsungssätzen für den Kapitaldienst.

1.7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

1.8. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge aus dem Auszahlungsbetrag und dem Nennwert von Darlehensverbindlichkeiten werden in die passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und über die zugrunde gelegte Vertragslaufzeit aufgelöst.

2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1. Anlagevermögen

2.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände entfallen in Höhe von TEUR 1 auf den entgeltlichen Erwerb von Software-Lizenzen.

2.1.2. Sachanlagen

Die **Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** betreffen insbesondere Grundstücke in Wilhelmshaven-Rüstringen, Feldkirchen, Bremen-Lesum und Heide.

Die **Technischen Anlagen und Maschinen** setzen sich zusammen aus vier Kavernenspeichern, zwei Tanklagern sowie der dazugehörigen Infrastruktur. Die am Stichtag vollständig abgeschriebenen Kavernenspeicher und Tanklager werden mit einem Erinnerungswert von jeweils EUR 1 ausgewiesen. Ursächlich für die Veränderung der Buchwerte der technischen Anlagen und Maschinen ist im Wesentlichen die Inbetriebnahme der Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik im Bereich der Erweiterung des Kavernenspeichers sowie die Anschaffung von Pumpanlagen, Funk- und Überwachungstechnik am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** betrifft im Wesentlichen Netzwerkserver und Ausstattungen der Geschäftsräume in Hamburg sowie Kraftfahrzeuge.

Der Wertansatz für die **Anlagen im Bau** entfällt im Wesentlichen auf aktivierte Aufwendungen für die Infrastruktur und die Solung von drei neuen Kavernen im Rahmen der Erweiterung des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen. **Anzahlungen** wurden für die Vormerkung zur Eintragung eines Erbbaurechtes geleistet.

2.1.3. Pflichtvorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Die Pflichtvorräte umfassen den zum Stichtag vorhandenen Bestand an Eigentumsmengen in Höhe von 24,5 Mio. t und setzen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt zusammen:

Pflichtvorräte	31.03.2016	31.03.2015
	t	t
Ottokraftstoffe	1.949.000	1.976.224
Diesekraftstoffe	4.349.578	3.649.563
Heizöl Extra Leicht	2.117.912	2.243.809
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	1.150.501	1.123.591
Erdöl	14.950.611	15.183.392
	24.517.602	24.176.579

Einschließlich der durch Dritte zur Verfügung gestellten Delegationsmengen (0,3 Mio. t) und der gemäß § 4 Abs. 5 ErdölBevG zu berücksichtigenden Anpassungen (1,4 Mio. t) ergibt sich ein stichtagsbezogener Bestand in Höhe von 26,2 Mio. t Rohöläquivalent (COE).

Unter Berücksichtigung eines gesetzlichen Abzugs von 10 % (2,6 Mio. t COE) verbleibt ein anrechenbarer Bestand in Höhe von 23,6 Mio. t COE. Bezogen auf die für das Berichtsjahr geltende Bevorrangungspflicht in Höhe von 22,6 Mio. t COE besteht zum Stichtag eine Überdeckung in Höhe von 1 Mio. t COE (4,4 %).

2.1.4. Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Erdölbevorratungsverband ist zu 100 % am Stammkapital der NWKG beteiligt.

Die NWKG ist die Betriebsführungsgesellschaft für die Kavernenspeicher in Wilhelmshaven-Rüstringen, Sottorf, Bremen-Lesum und Heide sowie der Tanklager in Feldkirchen und Gelsenkirchen.

Unter der Position **Anteile an verbundenen Unternehmen** werden die Geschäftsanteile an der NWKG unter Fortschreibung der periodischen Beteiligungsergebnisse ausgewiesen. Der Erdölbevorratungsverband hat im Berichtsjahr an die Altgesellschafter der NWKG bzw. deren Rechtsnachfolger einen Betrag in Höhe von EUR 11 Mio. im Rahmen eines Vergleiches gezahlt und diese als nachträgliche Anschaffungskosten für die Übertragung von Geschäftsanteilen aktiviert.

Hintergrund ist die im Zusammenhang mit der Durchführung des Neubauprojektes strittige Auslegung einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den Altgesellschaftern der NWKG bzw. deren Rechtsnachfolgern und dem Erdölbevorratungsverband, in der sich der Erdölbevorratungsverband verpflichtet hat, eine zusätzliche Vergütung für die Geschäftsanteile an der NWKG für den Fall zu zahlen, dass nach dem 31. Dezember 1980 zusätzliches Kavernenvolumen entsteht, welches der Erdölbevorratungsverband selbst nutzt oder einem Dritten zur Nutzung überlässt.

Zur Erledigung dieser Streitigkeit und zur Vermeidung einer gerichtlichen Auseinandersetzung ist allein aus wirtschaftlichen Gründen im Geschäftsjahr ein Vergleich abgeschlossen worden, nach welchem sich der Erdölbevorratungsverband zur Zahlung eines Betrages an die Altgesellschafter der NWKG bzw. an deren Rechtsnachfolger als nachträgliches Entgelt für die Übertragung der Geschäftsanteile der NWKG verpflichtet hat.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes für Zwecke der Rechnungslegung orientiert sich hier grundsätzlich an Ertragswertüberlegungen. Der Ertragswert der NWKG als Betriebsführungsgesellschaft mit dem Geschäftszweck, Dienstleistungen grundsätzlich nur für den Erdölbevorratungsverband zu erbringen, hat sich durch diesen Vergleichsvertrag nicht verändert.

Der beizulegende Wert ist am Bilanzstichtag dauerhaft wertgemindert, da sich sämtliche der für die technische Betriebsführung notwendigen Rechte, Grundstücke, technischen Anlagen und sonstigen Ausstattungen im Eigentum des Erdölbevorratungsverbandes befinden. Darüber hinaus werden die zur Finanzierung dieses Sachanlagevermögens aufgenommenen langfristigen Finanzschulden sowie die mit dem Rückbau von Kavernen an den einzelnen Standorten erwarteten zukünftigen Kosten der Stilllegung vollständig vom Erdölbevorratungsverband geschuldet.

Mangels ausschüttungs- bzw. verrechnungsfähiger Überschüsse in Form von Rücklagen und anderer bilanzieller Ausgleichs- bzw. Saldierungsmöglichkeiten, etwa durch Kapitalherabsetzungen, wird die außerplanmäßige Abschreibung der nachträglichen Anschaffungskosten in voller Höhe ergebniswirksam.

2.1.5. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen der Mitglieder in Höhe von EUR 62 Mio. betreffen im Wesentlichen von den Mitgliedern gemeldete, aber zum Stichtag 31. März 2016 noch nicht fällige Beiträge für die Monate Februar und März 2016.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 78,6 Mio. resultieren vor allem aus offenen Tausch- und Wälzungsvereinbarungen, denen fakturierte Abnahmemengen aus Freistellungen an diversen Tanklagerstandorten der Kontraktpartner zugrunde liegen. Von diesen ausgewiesenen Forderungen entfällt ein Betrag in Höhe von EUR 6 Mio. (Vj.: EUR 14 Mio.) auf eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von EUR 19,7 Mio. werden Forderungen aus der Umsatzsteuerabrechnung ausgewiesen. Diese resultieren im Wesentlichen aus Vorsteuererstattungsansprüchen gegenüber Finanzbehörden.

2.1.6. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Bei den flüssigen Mitteln handelt es sich um Guthaben bei Kreditinstituten.

2.1.7. Rechnungsabgrenzungsposten

Zum Stichtag wurden Ausgaben in Höhe von TEUR 459 aktivisch abgegrenzt. Diese betreffen den wirtschaftlich nach dem Bilanzstichtag entstehenden Anspruch auf Gegenleistungen aus Gestattungs-, Lizenzüberlassungs-, Nutzungs-, Betriebsführungs- und Versicherungsverträgen (TEUR 231) sowie aus Disagien (TEUR 228).

2.2. Reinvermögen

Das Reinvermögen in Höhe von EUR 848,6 Mio. setzt sich wie folgt zusammen:

Die Ausgleichsrücklage (EUR 117,8 Mio.) ergibt sich als Saldo aus Vermögen und Schulden unter Verrechnung des Ausgleichspostens aus offenen Tausch- und Wälzungskontrakten sowie der gesetzlichen und der zweckgebundenen Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage (EUR 512,3 Mio.) beinhaltet die Überschüsse aus Bestandsveräußerungen.

Die Rücklage für die Eigenversicherung von Vorräten an Erdöl und Erdölzeugnissen wird als zweckgebundene Rücklage (EUR 218,5 Mio.) ausgewiesen. Ihre Höhe bemisst sich nach dem Risiko von Warenverlusten unter Berücksichtigung der bestehenden Lagerstrukturen.

2.3. Ausgleichsposten aus offenen Tausch- und Wälzungskontrakten

Der Ausgleichsposten aus offenen Tausch- und Wälzungskontrakten (EUR 283,9 Mio.) resultiert aus zum Bilanzstichtag noch nicht endabgerechneten Tausch- und Wälzungsvereinbarungen.

2.4. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

Rückstellungen	Stand	Zuführung		Auflösung /	Stand
	31.03.2015	für Erfüllung	für Zinsen	Inanspruchnahme	31.03.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
für Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern	284.083.000	17.627.000	9.290.000	0	311.000.000
für Pensionen	9.553.735	1.048.152	406.405	-499.058	10.509.234
aus Sachleistungsverpflichtungen	761.900	0	0	-554.900	207.000
für Personal	79.770	4.695	0	-13.265	71.200
für Insolvenzvergleich	421.750	0	0	-421.750	0
für die Jahresabschlussprüfung	19.895	27.757	0	-19.857	27.795
	294.920.050	18.707.604	9.696.405	-1.508.830	321.815.229

Die Rückstellung für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern wurde in der Höhe gebildet, die nach Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer voraussichtlich notwendig ist, um die erwarteten Verpflichtungen für zukünftige Stilllegungs- und Rückbaumaßnahmen an den vier Speicherstandorten zu finanzieren.

Darin ist auch der mit dem Barwert bewertete Erfüllungsbetrag aus der Erweiterung des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen enthalten. Die Abzinsung der Erfüllungsbeträge wurde gemäß § 10 Satz 4 des Finanzstatutes mit dem unternehmensindividuellen langfristigen Fremdfinanzierungssatz von 3,27 % p. a. durchgeführt.

Der sich bei den Pensionsrückstellungen in Anwendung des § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem durchschnittlichen Marktzinssatz der zurückliegenden zehn Geschäftsjahre und einem Rückstellungsansatz nach Maßgabe eines siebenjährigen durchschnittlichen Marktzinses beträgt TEUR 731.

Der sich zum Bilanzstichtag ergebende Zinseffekt ist Bestandteil der Zinsaufwendungen.

Die Rückstellung aus Sachleistungsverpflichtungen betrifft Rückgabeansprüche der Rechtsnachfolger eines Vertragspartners. Die Auflösung erfolgte in Übereinstimmung mit § 21 Abs. 3 des Finanzstatutes und wurde ergebnisneutral der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Die Personalrückstellungen resultieren vor allem aus Urlaubs- und Jubiläumsansprüchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.5. Verbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Stand 01.04.2015	Aufnahme	Tilgung	Veränderung der Zinsab- grenzung	Stand 31.03.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
aus Anleihen					
- Inhaberschuldverschreibungen	30.000.000	0	0	0	30.000.000
- Namensschuldverschreibungen	1.936.500.000	50.000.000	0	0	1.986.500.000
	1.966.500.000	50.000.000	0	0	2.016.500.000
gegenüber Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Abtretungsgläubigern					
- Schuldscheindarlehen	951.800.000	50.000.000	52.000.000	0	949.800.000
- Zinsabgrenzung	51.930.590	0	0	- 177.207	51.753.383
- Tages-, Termingeld und Kontokorrentkredite	100.500.000	118.748.196	0	- 20.223	219.227.973
	1.104.230.590	168.748.196	52.000.000	- 197.430	1.220.781.356
	3.070.730.590	218.748.196	52.000.000	- 197.430	3.237.281.356

Von den Verbindlichkeiten aus Anleihen und aus Schuldscheindarlehen entfällt ein Betrag in Höhe von EUR 130 Mio. auf eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und ein Betrag in Höhe von EUR 2.292 Mio. auf eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus Inhaberschuldverschreibungen besteht zum Bilanzstichtag ein derivatives Finanzinstrument (Receiver-Zinsswap):

Restlaufzeiten	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert
	< 1 Jahr EUR	1-5 Jahre EUR	> 5 Jahre EUR	Summe EUR	
Zins-Swap	0	0	25.000.000	25.000.000	14.951.082

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von EUR 16,4 Mio. resultieren aus der Abrechnung von Betriebsführungs- und Instandhaltungsentgelten für die Kavernenspeicher und Tanklager mit der NWKG. Darin ist auch die Verlustübernahme des Jahresfehlbetrages 2015/2016 der NWKG von TEUR 19 enthalten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 15,2 Mio. resultieren aus den zum Bilanzstichtag offenen Tausch- und Wälzungsverträgen.

Die Verbindlichkeiten aus Beiträgen und die sonstigen Verbindlichkeiten von EUR 4,7 Mio. betreffen mit EUR 2,9 Mio. Verbindlichkeiten aus zurückzuzahlenden Beiträgen, denen Beitragserstattungsverpflichtungen aufgrund von Abzugstatbeständen gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 3 ErdölBevG zugrunde liegen, mit EUR 1,5 Mio. Verbindlichkeiten aus Lohn- und Umsatzsteuer sowie mit TEUR 283 Zoll- und Einfuhrabgaben.

3. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

3.1. Mitgliedsbeiträge

Die Mitgliedsbeiträge wurden nach Maßgabe des ErdölBevG und der Beitragssatzung mit einem für alle Erzeugnisse einheitlichen und unveränderten Satz in Höhe von 3,56 EUR/t erhoben. Die im Geschäftsjahr 2015/2016 vereinnahmten Mitgliedsbeiträge setzen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt zusammen:

Mitgliedsbeiträge nach Erzeugnissen	2015/2016	2014/2015
	EUR	EUR
Ottokraftstoff	66.169.500	69.413.818
Diesekraftstoff	143.051.207	130.504.681
Heizöl Extra Leicht	50.349.404	56.096.325
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	33.245.638	29.398.463
	292.815.749	285.413.287

3.2. Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen des Anlagevermögens

Diese Erträge wurden aus der Weiterbelastung von Fehlmengen an Diesekraftstoff, Ottokraftstoff und Heizöl Extra Leicht im Rahmen der Vertragsinventur sowie aus dem Verkauf von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung vereinnahmt.

3.3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen überwiegend Einnahmen aus der Verpachtung einer Kaverne, Erlöse aus der Entpflichtung von Ersatzgestellungen sowie Erträge aus einem Vergleichsvertrag.

Die periodenfremden Erträge (EUR 7,6 Mio.) ergeben sich insbesondere aus einer Energiesteuerrückzahlung aufgrund nicht geschuldeter Abgabefestsetzungen (EUR 7 Mio.) und aus Beitragsnachzahlungen von Mitgliedsunternehmen (TEUR 569).

3.4. Personalaufwand

Personalaufwendungen betreffen im Wesentlichen die Gehälter der Beschäftigten und die Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung. Davon entfallen EUR 1 Mio. auf die Altersversorgung. Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden durchschnittlich 25 Mitarbeiter beschäftigt.

3.5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen

Bei den Abschreibungen in Höhe von EUR 2,5 Mio. entfallen EUR 1,9 Mio. auf die planmäßige Nutzung des technischen Sachanlagevermögens in den Kavernenspeichern und TEUR 579 auf Gebäude, Grundstückseinrichtungen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3.6. Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen

Die Aufwendungen betreffen Vergütungen aus der Abrechnung von Lagerverträgen für die Nutzung von Tanklagern und Kavernen sowie für zur Verfügung gestellte Delegationen.

3.7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von EUR 49,9 Mio. betreffen mit EUR 23 Mio. die Betriebsführung und Instandhaltung für die Kavernenspeicher, mit EUR 18 Mio. die Zuführung zur Rückstellung für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern sowie mit EUR 5 Mio. die Kosten für Umschlagsaktivitäten der Pflichtvorräte. Des Weiteren sind hier Bestandskorrekturen aus Mess- und Dichteabweichungen im Rahmen der Inventur der Pflichtvorräte in Höhe von EUR 2 Mio. enthalten.

Von dem verbleibenden Teil entfallen EUR 1,3 Mio. auf die Verwaltung (0,4 % der gesamten Aufwendungen in Höhe von EUR 317 Mio.) sowie TEUR 488 auf periodenfremde Aufwendungen für Erstattungsanträge von Nichtmitgliedern.

3.8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen umfassen die außerplanmäßig auf den beizulegenden Wert vorgenommene Abschreibung der nachträglichen Anschaffungskosten für den Erwerb der Geschäftsanteile der NWKG (EUR 11 Mio.) sowie die Abschreibung der aus Bewertungsunterschieden resultierenden Verpflichtung zur Leistung einer Kapitaleinlage in die NWKG (TEUR 19).

3.9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die zur Finanzierung der Vorräte aufgenommenen Darlehen und Anleihen. Die zinsähnlichen Aufwendungen umfassen Zinseffekte bei der Rückstellung für den Kavernenrückbau (EUR 9,3 Mio.) und den Pensionsrückstellungen (TEUR 406).

3.10. Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten Umsatzsteuerbeträge auf den Eigenverbrauch von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3.11. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2015/2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 13,5 Mio. ab, der durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen wird.

3.12. Entwicklung der Rücklagen

Die Veränderung der Rücklagen ergibt sich durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von EUR 13,5 Mio. zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages gemäß § 14 Abs. 2 des Finanzstatutes sowie aus der Anpassung von Sachleistungsverpflichtungen bei den sonstigen Rückstellungen durch eine ergebnisneutrale Zuführung von TEUR 555 zu der Ausgleichsrücklage gemäß § 21 Abs. 3 des Finanzstatutes.

4. Sonstige Angaben

4.1. Haftungsverhältnisse

Der Betriebsführungsvertrag mit der NWKG sieht vor, diese von Haftungsansprüchen Dritter freizustellen, soweit diese nicht durch Versicherungen gedeckt werden. Diese Verpflichtung ist der Höhe nach nicht beschränkt.

In Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Zuführungen zu Rückstellungen aufgrund von handelsrechtlichen Bewertungsänderungen besteht eine Verpflichtung zur Leistung von Einlagen in die NWKG laut Gesellschafterbeschluss vom 26. März 2009.

4.2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die gemäß § 8a Altersteilzeitgesetz abzusichernden Wertguthaben bei der NWKG besteht gegenüber der NWKG eine Bestätigung zur Insolvenzsicherung. Der Umfang dieses Wertguthabens einschließlich der Arbeitgeberanteile am Sozialversicherungsaufkommen beläuft sich auf derzeit TEUR 664.

Für die am Bilanzstichtag vorhandenen Einzellagerverträge bestehen abgezinste sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von EUR 264 Mio. mit einer Laufzeit bis zum 31. März 2023.

Das vom Jahresabschlussprüfer für das Berichtsjahr berechnete Gesamthonorar ist analog § 285 Nr. 17 HGB in den sonstigen Rückstellungen enthalten.

Wesentliche negative Auswirkungen aus gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren auf die wirtschaftliche Lage werden nicht erwartet.

5. Soll-Ist-Vergleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat den Wirtschaftsplan 2015/2016 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen am 5. März 2015 genehmigt.

Die realisierten Erträge aus Mitgliedsbeiträgen in Höhe von EUR 292,8 Mio. sind gegenüber dem Planansatz von EUR 274,2 Mio. um 6,8 % gestiegen.

Dieser Anstieg ist insbesondere auf höhere Mengen aus der beitragspflichtigen Herstellung und dem Import von Dieselmotorkraftstoff zurückzuführen (+ 4 Mio. t). Auch bei den weiteren beitragspflichtigen Produkten Ottomotorkraftstoff, Heizöl Extra Leicht sowie Flugturbinenmotorkraftstoff JET A-1 konnten durch die leicht über dem Plan liegenden Import- bzw. Herstellungsmengen (insgesamt + 1 Mio. t) höhere Mitgliedsbeiträge realisiert werden.

Die um EUR 8,1 Mio. über dem Plan liegenden sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen die Rückzahlung von Abgabefestsetzungen aus Energiesteuer von EUR 7 Mio.

Die Lagerhalter- und Delegationsvergütungen liegen mit EUR 8,7 Mio. unter dem Planansatz, da die Nutzung zusätzlichen Tankraumes aufgrund möglicher logistischer Engpässe bei stichtagsbedingten Verlagerungen zur Erfüllung der Vorratspflicht eingeplant war, im Geschäftsjahr allerdings nicht in Anspruch genommen werden musste. Des Weiteren sind geplante Delegationsmengen aufgrund der bestehenden Deckung durch Vorratspflichtmengen nicht in vollem Umfang eingeworben worden.

Die über dem Planansatz liegenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Zuführungen zu den Rückstellungen für den Rückbau der Kavernenspeicher in Höhe von EUR 18 Mio. Diese ergeben sich bei der Barwertberechnung des notwendigen Erfüllungsbetrages aus der Erwartung erhöhter Baupreisindizes und einem verminderten Diskontierungszinssatz.

Die mit TEUR 295 über dem Planansatz liegenden sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge entfallen auf erhaltene Zinsen für Vorsteuerguthaben bei ausländischen Finanzbehörden.

Die mit EUR 10,5 Mio. über dem Planansatz liegenden Abschreibungen auf Finanzanlagen sind insbesondere durch die außerplanmäßige Abschreibung der nachträglichen Anschaffungskosten für die Geschäftsanteile der NWKG von EUR 11 Mio. verursacht. Der Fehlbetragsausgleich an die NWKG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr hingegen um TEUR 516 niedriger ausgefallen.

Anschlussfinanzierungen konnten zu unter dem Planansatz liegenden günstigeren Konditionen durchgeführt werden, sodass sich die durchschnittlichen Fremdkapitalkosten im Berichtsjahr auf 3,27 % p. a. reduziert haben. Darüber hinaus hat trotz eines gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Fremdfinanzierungsvolumens sowohl die Refinanzierung am Kapitalmarkt als auch die Nutzung von Geldmarktkrediten zu gegenüber der Planung und dem Vorjahr niedrigeren Zinsaufwendungen geführt.

Demgegenüber führten Zinseffekte bei den Rückstellungen zu gegenüber dem Planansatz erhöhten zinsähnlichen Aufwendungen in Höhe von EUR 10 Mio. (Vj.: EUR 9 Mio.).

Im Ergebnis liegen die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen mit EUR 105,4 Mio. (Vj.: EUR 108,6 Mio.) um EUR 6,8 Mio. unter dem Planansatz.

Zusammenfassend ergibt sich ein gegenüber dem Wirtschaftsplan um EUR 30,8 Mio. besseres Jahresergebnis in Höhe von EUR - 13,5 Mio., das durch die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen wird.

6. Finanzplan und Kapitalflussrechnung

Durch die vorgezogene Anwendung des DRS 21 für nach dem 31. Dezember 2014 beginnende Geschäftsjahre wurden die Positionen „Erhaltene Zinsen“ sowie „Gezahlte Zinsen“ neu in die Gliederung des Finanzplanes bzw. der Kapitalflussrechnung eingefügt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Planpositionen „Zunahme / Abnahme der Rückstellungen sowie sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge“, „Zinsaufwendungen / Zinserträge“ sowie „Erhaltene Zinsen“ und „Gezahlte Zinsen“ an die Regeln dieses Standards angepasst.

In weiterer Anwendung der Fondsabgrenzungen entsprechend DRS 21 umfasst der Finanzmittelfonds die Veränderung kurzfristig fälliger Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Ermittlung der Fondsveränderungen erfolgt unverändert nach der indirekten Methode.

Aufgrund der Bereinigungen des Jahresergebnisses durch die nicht zu Zahlungsabflüssen führenden Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen (EUR 13,5 Mio.), den Veränderungen aus den Rückstellungen (EUR 27,5 Mio.) sowie den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträgen (TEUR - 153) und der Neuordnung der Fremdkapitalzinsen (EUR 97,2 Mio.) in den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit weist der operative Cashflow einen Mittelzufluss in Höhe von EUR 94 Mio. aus. Dieser stand im Geschäftsjahr zur Finanzierung der aus der Fremdkapitalüberlassung resultierenden Zinszahlungen zur Verfügung.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet Zuflüsse von EUR 100 Mio. aus der Begebung von Schuldscheinen (EUR 50 Mio.) und Namensschuldverschreibungen (EUR 50 Mio.).

Laut Finanzplan war eine Kreditaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 453,6 Mio. vorgesehen, die unter anderem für die Beschaffung von Pflichtvorräten (EUR 270 Mio.), zur Durchführung von Sachinvestitionen (EUR 8,5 Mio.), zur Tilgung bzw. Rückzahlung von Finanzverbindlichkeiten (EUR 152 Mio.) sowie zum Ausgleich der Unterdeckung des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (EUR 23 Mio.) eingesetzt werden sollte.

Neben der Tilgung endfälliger Schuldscheindarlehen (EUR 52 Mio.) wurden Investitionen in Sachanlagen (EUR 3,2 Mio.) und Finanzanlagen (EUR 11 Mio.) durchgeführt. Die Wiedereindeckung im Kavernenspeicher Bremen-Lesum und Bestandsdispositionen aufgrund von Standortverlagerungen und Sortenwechseln, u. a. als Ergebnis der Tankraumausschreibung mit Vertragsbeginn zum 1. April 2015, wurden durch Kreditneuaufnahmen, insbesondere durch kurzfristig fällige Bankverbindlichkeiten in Form von Tages- und Termingeldern, finanziert.

Darüber hinaus wurden Einnahmen (EUR 1 Mio.) aus einem Receiver-Zinsswap erzielt.

Der Finanzmittelfonds, also lt. DRS 21 der Bestand an Zahlungsmitteln, Zahlungsmittel-äquivalenten und jederzeit fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, hat sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt verändert:

Überleitung des Finanzmittelfonds	31.03.2016	31.03.2015
	EUR	EUR
Zahlungsmittel gemäß Bilanz	26.294	522.507
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und andere kurzfristige Kreditaufnahmen		
Kontokorrentbestand	- 248.196	0
Tagesgeldbestand	- 119.000.000	- 10.500.000
Termingeldbestand	- 100.000.000	- 90.000.000
Zwischensumme	- 219.248.196	- 100.500.000
Finanzmittelfonds gemäß Kapitalflussrechnung	- 219.221.902	- 99.977.493

Zum Bilanzstichtag ergibt sich, wie auch im Vorjahr, ein negativer Finanzmittelfonds, das heißt kurzfristige Finanzschulden in Höhe von EUR 219,2 Mio., die auf jederzeit fällige Kredite mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten zurückgehen.

7. Organe und Ausschüsse

7.1. Beirat

Gewählt

Wolfgang Langhoff (Vorsitzender)

Mitglied des Vorstandes, Portfolio Management, der BP Europa SE, Bochum

Hellmuth Weisser (stellvertretender Vorsitzender)

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Marquard & Bahls AG, Hamburg

Hans-Christian Gützkow (Stellvertreter)

Geschäftsführer der TOTAL Deutschland GmbH, Berlin

Peter Wallny (Stellvertreter)

Geschäftsführer der DS-Mineralöl GmbH, Bremen

Jörg Debus

General Manager Commercial Fuels Rhine & CEE Cluster der
Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg

Dr. Gerhard Wagner (Stellvertreter)

Geschäftsführer der OMV Deutschland GmbH, Burghausen

Dr. Annette Flormann-Pfaff

Mitglied der Geschäftsführung der ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Hamburg

Carsten Eggert (Stellvertreter)

Manager Supply, Transportation and Wholesale der
JET Tankstellen Deutschland GmbH, Hamburg

Rüdiger Hanss

Geschäftsführer der North Sea Group Germany GmbH, Kleve

Ralf Schönherr (Stellvertreter)

Geschäftsführender Gesellschafter der
BMV Mineralöl Versorgungsgesellschaft mbH, Berlin

Christiane Roth

Geschäftsführerin der Adolf Roth GmbH & Co. KG, Gießen

Marc Deisenhofer (Stellvertreter)

Geschäftsführer der Adolf Präg GmbH & Co. KG, Kempten

Entsandt

– vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Ursula Borak

Ministerialdirigentin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Stefan Rolle (Stellvertreter)

Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

– vom Bundesministerium der Finanzen

Rita Schutt

Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Hans-Borchard Kahmann (Stellvertreter)

Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

– vom Bundesrat

Bernd Liepner

Amtsrat im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche
Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Albert Wolf (Stellvertreter)

Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie, München

7.2. Ausschüsse

Bevorratungsausschuss

Karl-Heinz Kopischke (Vorsitzender)
TOTAL Deutschland GmbH, Berlin

Christoph Schäfer (stellvertretender Vorsitzender)
Mabanaft Deutschland GmbH & Co. KG, Hamburg

Daniel Babic
BP Europa SE, Bochum
(bis 26. November 2015)

Christoph Pohlen
BP Europa SE, Bochum
(ab 26. November 2015)

Gerhard Fischer
Gunvor Deutschland GmbH, Ingolstadt

Jörg Knaak
Holborn Europa Raffinerie GmbH, Hamburg

Nils Paegel
Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg

Ian Petri
DS-Mineralöl GmbH, Bremen

Christian Silkenath
Varo Energy Germany GmbH, Hamburg

Wirtschaftsausschuss

Dr. Claus-Georg Nette (Vorsitzender)
Marquard & Bahls AG, Hamburg

Martin Wetering (stellvertretender Vorsitzender)
Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg

Alexander Adotevi
TOTAL Deutschland GmbH, Berlin

Ralf Bothe-di Tomaso

BMV Mineralöl Versorgungsgesellschaft mbH, Berlin

Ronny Hauck

ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Hamburg

Elmar Kühn

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V., Berlin

Dr. Hans-Ralph Trommer

BP Europa SE, Bochum

Eberhard Zölls

ENI Deutschland GmbH, München

7.3. Vorstand

Thomas Kahl, Hamburg

Dr. Dirk Sommer, Hamburg

Finanzplan und Kapitalflussrechnung

	Plan EUR	Ist EUR	Abweichung EUR
1. Jahresergebnis des Verbandes	- 44.221.000	- 13.469.749	30.751.251
2. Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.151.000	13.495.935	10.344.935
3. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen sowie sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge *	13.299.500	27.292.983	13.993.483
4. Zunahme (-) / Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	188.011.659	188.011.659
5. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	- 219.258.536	- 219.258.536
6. Gewinn (-) / Verlust (+) aus der Veräußerung und dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 9.000	2.030.948	2.039.948
7. Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-) *	102.720.000	95.895.412	- 6.824.588
8. Cashflow aus laufender Verbandstätigkeit	74.940.500	93.998.652	19.058.153
9. Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 8.543.000	- 3.203.691	5.339.309
10. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	- 11.019.113	- 11.019.113
11. Auszahlung für Erhöhung von Pflichtvorräten an Erdöl und Erdölzerzeugnissen	- 270.000.000	- 151.295.492	118.704.508
12. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	170.647	170.647
13. Erhaltene Zinsen *	612.500	1.299.876	687.376
14. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 277.930.500	- 164.047.773	113.882.727
15. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	453.590.000	100.000.000	- 353.590.000
16. Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	- 152.000.000	- 52.000.000	100.000.000
17. Gezahlte Zinsen *	- 98.600.000	- 97.195.288	1.404.712
18. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	202.990.000	- 49.195.288	- 252.185.288
19. Finanzmittelfonds 01.04.2015	0	- 99.977.493	- 99.977.493
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	0	- 119.244.409	- 119.244.409
21. Finanzmittelfonds 31.03.2016	0	- 219.221.902	- 219.221.902

* Anpassung der Planposition aufgrund Anwendung DRS 21

Anlagenspiegel

zum 31. März 2016

	Anschaffungs-/Herstellungskosten			
	Stand 01.04.2015	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen U / Saldo aus Tausch- u. Wälzungskontrakten S
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Software	281.499	0	0	0
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.936.471	36.218	0	109.691 U
2. Technische Anlagen und Maschinen	27.090.371	359.552	0	45.019 U
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	813.207	39.225	39.999	0
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	27.678.918	2.806.391	295.235	- 154.710 U
	69.518.967	3.241.386	335.234	0
III. Pflichtvorräte an Erdöl und Erdölprodukten				
1. Ottokraftstoffe	506.473.134	- 5.541.678	122.347	- 1.749.588 S
2. Dieselmotorkraftstoffe	953.519.094	229.300.222	1.283.024	- 197.508.284 S
3. Heizöl Extra Leicht	375.266.181	- 11.134.157	471.678	- 10.754.139 S
4. Fluggastkraftstoff auf Petroleumbasis	286.966.835	9.103.478	308.487	- 1.431.537 S
5. Erdöl	2.417.283.487	- 39.044.124	2.676	- 2.465.673 S
	4.539.508.731	182.683.741	2.188.212	- 213.909.221
IV. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.472.777	11.019.113	0	0
	4.610.781.974	196.944.240	2.523.446	- 213.909.221

Abschreibungen					Buchwerte	
Stand 31.03.2016	Stand 01.04.2015	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2016	Stand 31.03.2016	Stand 31.03.2015
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
281.499	257.674	22.837	0	280.511	988	23.825
14.082.379	2.145.122	426.015	0	2.571.137	11.511.244	11.791.349
27.494.942	4.413.418	1.935.636	0	6.349.054	21.145.887	22.676.953
812.433	425.219	130.029	27.622	527.626	284.806	387.988
30.035.364	1.066.374	0	294.229	772.145	29.263.220	26.612.544
72.425.118	8.050.133	2.491.680	321.851	10.219.962	62.205.157	61.468.834
499.059.521	0	0	0	0	499.059.521	506.473.134
984.028.008	0	0	0	0	984.028.008	953.519.094
352.906.207	0	0	0	0	352.906.207	375.266.181
294.330.289	0	0	0	0	294.330.289	286.966.835
2.375.771.014	0	0	0	0	2.375.771.014	2.417.283.487
4.506.095.039	0	0	0	0	4.506.095.039	4.539.508.731
12.491.890	1.444.542	11.019.113	0	12.463.655	28.235	28.235
4.591.293.546	9.752.349	13.533.630	321.851	22.964.128	4.568.329.419	4.601.029.625

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
ACOMES	Annual Coordination Meeting of Entity Stockholders
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
cbm	Kubikmeter
COE	Crude Oil Equivalent
DGMK	Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e. V., Hamburg
DIN	Deutsche Industrienorm
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V., Berlin
ELABCO	Expert Laboratory Coordination
EN	Europäische Norm
ErdölBevG	Gesetz über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen (Erdölbevorrattungsgesetz)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EUR	Euro
HGB	Handelsgesetzbuch
ICPG	International Crude Project Group
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
Mio.	Millionen
mbH	mit beschränkter Haftung
NWKG	Nord-West Kavernengesellschaft mbH, Wilhelmshaven (100%ige Tochtergesellschaft des Erdölbevorratungsverbandes)
p. a.	per anno
t	Tonne
TEUR	Tausend Euro
Tsd.	Tausend
Vj.	Vorjahr

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Jungfernstieg 38
20354 Hamburg

Telefon: + 49 (0)40 35 00 12 – 0
Telefax: + 49 (0)40 35 00 12 – 149
E-Mail: info@ebv-oil.org
Internet: www.ebv-oil.org